

Wie Polen und Deutsche sich wieder verstehen können

Wenn es den Eisernen Vorhang nicht gegeben hätte, befände sich in der Galerie der Gründungsväter des vereinten Europas sicherlich auch ein polnischer Politiker oder Staatsmann. Denn bereits während des Krieges und später in der Emigration tauchte eine ganze Reihe von polnischen Visionen über ein vereintes Europa auf, in dem auch Polen und die anderen Länder unserer Großregion ihren Platz hatten. Zu diesen Visionären gehörte an erster Stelle Jerzy Giedroyc, der Begründer der Pariser *Kultura* [Kultur], die nach dem Zweiten Weltkrieg das bedeutendste intellektuelle Zentrum der polnischen Emigration darstellte. Man könnte aber auch Jan Nowak-Jeziorański nennen, den kürzlich verstorbenen Direktor der Polnischen Sektion von *Radio Freies Europa* in München, der in der Bundesrepublik den größten Teil seines Lebens verbracht hat. Der Kalte Krieg verhinderte ihre Einflussnahme auf die Geschehnisse Polens und Europas. Über 40 Jahre lang wurde das östliche Europa von anderen, uns aufgezwungenen Gesetzen beherrscht. Wenn wir also heute erneut im Hauptstrom des europäischen Lebens mitschwimmen, so geschieht das nicht durch einen historischen Zufall. Dieser Umstand ist vielmehr in erster Linie unserem eigenen Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit zu verdanken, das nicht einmal in den schwierigsten Augenblicken der Nachkriegszeit ganz erstickt werden konnte.

Ich erwähne diese Zusammenhänge deshalb, weil ich davon überzeugt bin, dass diese spezifischen Erfahrungen der Völker Ostmitteleuropas heute für den ganzen europäischen Kontinent nötig sind. Und weil diese Erfahrungen von unseren westlichen Partnern noch nicht ganz verstanden und verinnerlicht wurden.

Für uns Polen werden diese Erfahrungen vor allem von der Unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* symbolisiert, die im August 1980 entstand, also vor

genau 25 Jahren. Wenn wir heute an die *Solidarność* als Eingangstor zu einem vereinten Europa erinnern, so tun wir dies nicht deshalb, um deren polnische Herkunft oder gar unsere eigenen oppositionellen Lebensläufe besonders herauszustellen. Es geht uns vielmehr um die Vergegenwärtigung der europäischen Dimension von Solidarität in den Köpfen der heutigen Europäer. Es geht um diesen europäischen Geist, der sich im westlichen Teil des Alten Kontinents ohne Hindernisse entwickeln konnte, aber im Osten stets um sein nacktes Existenzrecht kämpfen musste. Der Sieg dieses Geistes war es, der nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ostblockstaaten den Weg zur gesamteuropäischen Einigung eröffnet hat, was den Deutschen die historische Chance verschafft hat, ihr geteiltes Land wiederzvereinigen.

Der Zweite Weltkrieg brach in Danzig aus – mit der heldenhaften Verteidigung der Westerplatte durch Major Henryk Sucharski. Politisch gesehen endete der Krieg abermals in Danzig, und zwar durch den Sieg der *Solidarność* unter Lech Wałęsa. Dieser Sieg eliminierte erst 50 Jahre später endgültig die Folgen des Ribbentrop-Molotov-Abkommens vom August 1939, also die Aufteilung Ostmitteleuropas unter zwei totalitäre Herrschaftssysteme. Daher möchte ich Sie im August 2005 – 25 Jahre nach der Gründung der Unabhängigen Massengewerkschaft *Solidarność* – nach Danzig eingeladen, wo wir den Sieg des europäischen Geistes der Einheit feierlich begehen werden. Und feiern werden wir diesen Geist zu einem Zeitpunkt, zu dem er in Europa nicht mehr so glänzt, wie noch vor zehn Jahren.

Die Deutschen waren nach 1945 die einzige Nation, die bis zur Wende von 1989/90 am politischen Leben in West- und Osteuropa aktiven Anteil hatte. Daher habe ich immer geglaubt – und glaube trotz allem auch heute noch daran –, dass unsere spezifischen historischen Erfahrungen, die Erfahrungen der vom totalitären Kommunismus geprägten Ostblockländer, letztendlich über Deutschland ins Bewusstsein der Westeuropäer vordringen werden. Diese Sicht der Dinge kleidete einst der frühere Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki in die berühmten Worte: „Der polnische Weg nach Europa führt über Deutschland!“ Ich sage dies mit größter Vorsicht, da zur Zeit wohl niemand in Polen diesen Satz wiederholen würde. Wir haben nämlich die Sicherheit verloren, dass die Deutschen diese Rolle auch wirklich annehmen möchten und erfüllen können. Dabei möchte ich Ihnen gegenüber eine gewisse Enttäuschung und Skepsis nicht verhehlen. Um jedoch nicht missverstanden zu werden, soll an erster Stelle anerkennend erwähnt werden, was für einen enormen Beitrag die Bundesrepublik und vor allem ihr großer Kanzler Helmut Kohl für die

Erweiterung von NATO und EU geleistet haben. Mir ist dabei wohl bewusst, dass sich dieses Engagement hauptsächlich darauf konzentrierte, Polen in diese beiden bedeutenden Institutionen der internationalen Staatengemeinschaft eintreten zu lassen. Auch die später zum Vorschein getretenen Reibereien und Spannungen zwischen unseren beiden Ländern können diese deutschen Verdienste nicht zunichte machen.

Doch was ist geschehen, dass Deutschland heute nicht mehr die Funktion von einst erfüllt – zum Schaden für Europa und wie ich meine, zum Schaden für sich selbst? Ich beginne mit den aktuellen polnisch-deutschen Fragen: Zu einer einzigen Enttäuschung wurde für viele Menschen in Polen der Verlauf des öffentlichen Streits um das sog. Zentrum gegen Vertreibungen. Dabei sei folgendes betont: Die größte Enttäuschung bereitete uns die geringe Bereitschaft der deutschen Seite, unsere Argumente und Ansichten verstehen zu wollen. Also deren Neigung, die polnischen Auffassungen als bloßen Ausdruck von Überempfindlichkeit abzutun.

Jeder, der Polen kennt und versteht, hätte unsere Reaktion auf dieses Projekt vorhersehen können. Und das hat gar nichts mit unserem Verhältnis gegenüber den Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu tun. Denn viele von ihnen spielten im bisherigen polnisch-deutschen Versöhnungsprozess eine ruhmreiche Rolle und wurden zu unseren hochgeschätzten Partnern. Noch in den 1990er Jahren führten wir einen interessanten und nützlichen Dialog über die gemeinsame Geschichte, wobei auch das tragische Schicksal derjenigen Menschen beleuchtet wurde, die ihre angestammte Heimat infolge des Zweiten Weltkrieges verloren hatten. Dieser Dialog wurde inzwischen nicht durch unsere Schuld abgebrochen oder zumindest empfindlich gestört.

Ich glaube dennoch fest daran, dass wir einen Weg finden können, um über unsere gemeinsame Geschichte zu sprechen – auch über ihre schwierigsten Kapitel. Das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen bringt uns diesem Ziel jedoch nicht näher, sondern entfernt uns davon. Daher ist dieses Projekt meiner Ansicht nach für die Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen nur schädlich. Es kann sogar zur Quelle einer völlig falschen Geschichtsauffassung werden. Denn wie soll die junge Generation der Deutschen ihre nächsten Nachbarn im Osten verstehen lernen, wenn sie nicht einmal die Grundlagen ihrer Geschichte kennt und in den gesamteuropäischen Kontext einzuordnen weiß? In Wirklichkeit geht es doch hier nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft unserer beiden Nationen!

Was wir brauchen, ist die Rückkehr zur guten alten Politik von Helmut Kohl, die darauf beruhte, sich in die historischen Empfindlichkeiten der Partnerstaaten immer wieder neu einzufühlen. Nur eine solche Politik ermöglicht es, das Verhalten der Nachbarn besser zu verstehen. Einen interessanten Beitrag zur Abkehr der Deutschen von diesem Einfühlungsvermögen liefert bereits die flüchtige Lektüre der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Internationale Politik“, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik herausgegeben wird. Diese Ausgabe (vom Mai 2005) enthält nämlich zwei Analysen: eine zu Deutschland und eine zu Polen. Beide Abhandlungen stellen ähnliche Fragen. Die erste lautet: Warum zeigten die Deutschen zuletzt größere Neigungen zum Widerstand gegen die USA? Und die zweite Frage lautet: Warum zeigten die Polen zuletzt ähnliche Neigungen gegenüber Russland und Deutschland? Der Verfasser des ersten Artikels, Richard Herzinger, antwortet darauf wie folgt: Weil die Deutschen heute eine neue nationale Identität entwickeln (Titel des Aufsatzes: „Amerika, eine deutsche Wunde“)! Der Autor des zweiten Artikels, Konrad Schuller, antwortet so: Weil in Polen der Populismus siegt. Ja, genau so ist es. Eine ausgezeichnete – wohl unbeabsichtigte – Wirkung ergibt sich aus der inhaltlichen Verbindung dieser beiden Texte. Dabei stellt sich dem Leser unweigerlich die Frage: Sind die Deutschen auch weiterhin ein Volk, das die Polen und andere östliche Nachbarn besonders gut versteht? Und wenn ja, in welchem Maße?

Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir uns gemeinsam überlegen, inwieweit unsere Vorstellungen von der Zukunft unserer Region – Europa, der Welt – miteinander übereinstimmen bzw. sich voneinander unterscheiden. Meiner Meinung nach steht zweifelsfrei fest, dass diese Vorstellungen in den 1990er Jahren in prinzipiellen Fragen übereinstimmten. Eben dies hat die Verbesserung unserer bilateralen Beziehungen überhaupt erst ermöglicht und dazu beigetragen, das große Projekt der Osterweiterung der Europäischen Union zu verwirklichen.

Lassen Sie mich daran erinnern, warum sich Polen mit einer derart großen Entschlossenheit um den Beitritt zur EU bemüht hat. Natürlich ging es uns auch darum, auf diese Weise die Chance einer beschleunigten inneren Entwicklung zu erhalten, so wie Spanien, Portugal und Griechenland diese Chance erhielten und sie nutzten. Doch nicht allein darum ging es. Die Europäische Union benötigen wir nämlich nicht nur als Raum der ökonomischen Solidarität, sondern mindestens ebenso als Gemeinschaft der politischen Solidarität – als freundschaftliches geopolitisches Umfeld! Jeder, der die Geschichte Polens

auch nur ein bisschen kennt, müsste diese Zusammenhänge eigentlich ohne weiteres verstehen.

So haben wir die EU damals gesehen. Und zu dieser EU haben wir unseren Beitritt erklärt. Doch welche EU haben wir letztlich angetroffen? Nun, eine etwas andere.

Natürlich darf man gerechterweise das Potential und die Vitalität der früheren Europäischen Union nicht stillschweigend übergehen. Die Aufnahme von zehn neuen Staaten, die nicht so reich wie die Schweiz oder Norwegen sind, stellt einen außerordentlich großen Erfolg der alten EU dar und beweist ihren kraftvollen Elan. Die Osterweiterung bildet ferner einen bedeutenden Beitrag Europas zur Schaffung einer besseren internationalen Ordnung nach Ende des Kalten Krieges. All dies kann sowohl für die alten als auch die neuen Mitglieder der EU nur Anlass zu gemeinsamer Freude und gemeinsamem Stolz sein.

Dennoch scheint heute die Stimmung unter den neuen EU-Staaten besser zu sein als unter den alteingesessenen Mitgliedern. Vielen Menschen in der alten EU liefert die Osterweiterung eine äußerst bequeme Erklärung für ihre eigenen Probleme und Zukunftsängste. Aber wäre die heutige Lage dort wirklich besser, wenn es nicht zur Osterweiterung gekommen wäre? Natürlich nicht! Alle ökonomischen Analysen zeigen ganz deutlich, dass die Integration der neuen Mitgliedsstaaten zu erheblichen Anreizen für größeres Wirtschaftswachstum in den alten EU-Ländern geführt hat. Deutschland gehört dabei zu denjenigen, die von der Osterweiterung bislang am meisten profitieren. Gleichwohl hält sich gerade in der deutschen Bevölkerung die felsenfeste Überzeugung, dass die neuen EU-Länder insgesamt eine Bedrohung darstellen, vor der man sich schützen muss. Länder wie Irland, Großbritannien oder Schweden haben inzwischen ihre Arbeitsmärkte längst geöffnet und sind über die Auswirkungen dieser Maßnahme durchaus zufrieden. Diese Länder hatten keine Angst vor der Marktöffnung nach Osten. Denn deren Marktöffnung basiert auf tief greifenden Wirtschafts- und Sozialreformen, infolge derer die einheimischen Arbeitsmärkte modernisiert und liberalisiert wurden. Überall dort, wo man diese Reformen hingegen nicht oder nur halbherzig durchgeführt hat, herrschen nun diffuse gesellschaftliche Ängste und Befürchtungen. Dies drängt die Regierenden der betreffenden Länder dazu, sich gegen den Zustrom von ausländischen Arbeitern und Firmen aus dem Osten der EU zur Wehr zu setzen. Die allgemeine Krisenstimmung richtet sich jedoch nicht nur gegen die Osterweiterung an sich, sondern gegen die europäische Idee überhaupt. Man

denke nur an die aktuelle öffentliche Debatte in Frankreich vor dem anstehenden Verfassungsreferendum!

Doch anstatt zur Lösung dieses Problems maßgeblich beizutragen, ist Deutschland heute leider selber ein Hauptbestandteil dieses Problems. Dies sage ich mit großer Sorge. Denn Deutschland ist nicht nur der größte Markt, sondern auch die größte Nation in der EU. Alles was in Deutschland geschieht, hat unweigerlich bestimmte Auswirkungen auf die gesamte Europäische Union. Wenn in diesem Land wirtschaftliche Stagnation herrscht, so fällt der gesamten EU eine dynamische Entwicklung zwangsläufig sehr schwer. Wenn in Deutschland eine pessimistische Grundstimmung dominiert, kann man von den übrigen EU-Staaten kaum optimistische Glücksgefühle erwarten. Noch zu Anfang der 1990er Jahre blickten die östlichen Nachbarn auf das wiedervereinigte Deutschland wie auf ein Land, von dem man eine Menge lernen kann. Heute wird die Bundesrepublik eher als ein Land betrachtet, das vielleicht weiß, wie der einst geschaffene Wohlstand am besten verteilt werden kann, aber nicht (mehr) weiß, wie er zu vermehren bzw. dauerhaft zu sichern ist!

Bei einem anhaltend niedrigen Wirtschaftswachstum oder gar bei ökonomischer Stagnation kommen vermehrt nationale Egoismen zum Vorschein. Dies ist auch heute in Europa der Fall. Der europäische Einigungsprozess beruht auf einem eigentümlichen Gleichgewicht zwischen Einzelegoismen und supranationaler Solidarität. Heute ist diese Balance erheblich gestört, was natürlich zu Lasten der Solidarität geht. Diese Fehlkonstellation sieht man in der Debatte über den neuen EU-Haushalt ganz deutlich. In Haushaltsdebatten geht es eigentlich immer darum, welche konkrete Ziele Priorität erhalten. Diese Debatten sind also vor allem politischer Natur. Wer einen Staatshaushalt entwirft, schlägt zugleich ein bestimmtes Leitbild für die weitere Entwicklung dieses Staates vor. In diesem Falle betrifft das Leitbild die gesamte EU. Die Europäische Kommission hat völlig Recht, wenn sie auf folgenden Grundzusammenhang hinweist: Man kann die EU-intern akzeptierten Ziele nicht erreichen, wenn der Gemeinschaftshaushalt nicht aufgestockt wird. Und man kann diese Ziele vor allem dann nicht verwirklichen, wenn man den größten Haushaltssektor nicht in Bewegung bringt – die Gemeinsame Agrarpolitik. Es bleibt für mich unklar, warum Deutschland sich heute so sehr für die Untastbarkeit der bis 2013 bewilligten Mittel für die Europäische Agrarpolitik einsetzt. Diese Haltung liegt weder im Interesse einer höheren Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, noch ist sie für die gesamte EU von ökonomischem Nutzen. Zugleich fordert Deutschland einschneidende finanzi-

elle Kürzungen in der Struktur- und Kohärenzpolitik. Doch gerade diese Bereiche haben das Projekt „Europäische Union“ für fast alle neuen Mitglieder so attraktiv erscheinen lassen, da sie die Aufholung enormer ökonomischer Rückstände verhießen. Bei der EU-Haushaltsdebatte geht es also auch darum, in welchem Tempo die alten und neuen Länder der EU zu einer organischen, kohärenten Gemeinschaft zusammenwachsen können. Wenn die Osterweiterung ein dauerhafter Erfolg werden soll, muss sie entsprechend finanziert sein. Im gegenteiligen Fall bekommen wir nur eine EU mit tiefen inneren Rissen. Dies würde auch in politischer Hinsicht fatale Folgen haben. In der aktuellen Haushaltsdiskussion geht es ferner um die Frage, wie sich die EU weiter entwickeln soll. Soll sie eine immer offenere Binnenraumwirtschaft werden, die zur erfolgreichen Konkurrenz mit anderen Großregionen der Welt fähig ist, oder soll sie zur hermetisch abgeriegelten Schutzzone für altersschwache Wirtschafts- und Sozialmodelle degenerieren?

Nun wird vielleicht jemand einwenden, dass Polen die Entscheidung sehr leicht fällt, da dieses Land kaum nennenswerte soziale Standards besitzt, die es zu verteidigen gilt. Doch auch die wohlhabenderen EU-Länder werden mit der Zeit immer weniger zu schützen haben, wenn sie sich für die Zementierung des bisherigen Status quo und nicht für tief greifende innere Reformen entscheiden. Es ist nicht wahr, dass die neuen EU-Mitglieder die sozialen Standards durch niedrige Steuern und die hohe Wettbewerbsfähigkeit ihrer einheimischen Unternehmen radikal absenken. Eine Terminologie, die die mutige Politik der Reduzierung von sog. Steuerknüppeln als reines „Steuerdumping“ verunglimpft und den oft schwierigen Widerstand von Politikern und Managern gegen den enormen Druck der Gewerkschaften als „Sozialdumping“ desavouiert, zeugt allenfalls von einer verlogenen Einstellung zur Wirklichkeit. Meinen Sie hier in Deutschland wirklich, dass die beste Wirtschaftspolitik für das heutige Polen darin besteht, Staatsapparat und Verwaltungsbürokratie weiter zu vergrößern, Privilegien für bestimmte Wirtschaftsbranchen auszuweiten, hohe Steuersätze zu etablieren, ein galoppierendes Haushaltsdefizit in Kauf zu nehmen und möglichst spät dem Euro-Raum beizutreten?

In den letzten 15 Jahren haben uns sämtliche Experten und Berater der Europäischen Union und alle Delegationen aus Brüssel, Bonn und Berlin zu ganz anderen Dingen überreden wollen! Haben die Deutschen diesbezüglich ihre Meinung etwa geändert? Als ich unlängst die Wahlkampfdiskussion des ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten Steinbrück mit seinem Nachfolger Jürgen Rüttgers mitverfolgte, hatte ich unwillkürlich den Eindruck, dass genau

dies eingetreten ist. Besonders verblüfft haben mich dabei die Äußerungen von Herrn Rüttgers über die üble Rolle des sprichwörtlichen „polnischen Fleischers“ und die für Deutschland angeblich so schlechten Aufnahmebedingungen bei der bisherigen EU-Erweiterung. Völlig überraschend kam für mich ferner die von Rüttgers geäußerte Unsicherheit bezüglich des Beitritts von Rumänien und Bulgarien.

Mein ganzes Wissen über Europa und gerade die Erfahrungen mit der äußerst schwierigen, oftmals konfliktträchtigen Öffnung Polens gegenüber Europa in den letzten 15 Jahren lassen mich fest daran glauben, dass es besser ist, sich gegenüber den Nachbarstaaten und ihren Volkswirtschaften zu öffnen als sich vor ihnen zu verschließen. Daher bin ich fest davon überzeugt, dass einheitliche Binnenmärkte – auch im Dienstleistungsbereich – separaten, künstlich geschützten Binnenmärkten weit überlegen sind. Ich glaube ferner daran, dass gemeinschaftliche Lösungsansätze zu europäischen Problemen viel mehr wert sind, als sämtliche partielle Übereinkünfte auf Regierungsebene. Denn letztere gründen auf dem Prinzip des *do ut des*, so dass das Gemeinschaftsinteresse der EU unweigerlich zu kurz kommt. Alle Einzelkompromisse berücksichtigen stets nur die nationalen Interessen der mächtigsten Mitgliedsstaaten. Jedes Mal, wenn die Europäische Kommission gegen die Regierungen der einflussreichsten EU-Länder verliert, verliert zugleich auch das vereinte Europa Schumans, Monets, Adenauers und Kohls. Im Gegenzug gewinnen politische oder ökonomische Nationalismen an Boden. Das gemeinsame Europa hat bereits durch die Ablehnung der Direktive von EU-Kommissar Bolkestein über den einheitlichen Dienstleistungsmarkt eine herbe Niederlage erlitten. Das gemeinsame Europa verlor auch schon dadurch, dass nicht alle EU-Mitglieder die in Maastricht vereinbarten Stabilitätskriterien respektieren wollten. Und das gemeinsame Europa kann auch bei der Budgetfestlegung für die Jahre 2007 bis 2013 erneut verlieren.

Sehr verehrte Damen und Herren, das Europa, um das es mir geht, ist also ein gemeinsamer Raum der Solidarität und der Ökonomie, aber auch der Politik. Dabei denke ich vor allem an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das vereinte Europa hat zwar zum Glück keinen gemeinsamen Feind mehr, muss nun aber seinen Platz in der Welt neu definieren. Zur Zeit verläuft dieser Prozess recht chaotisch und konfliktreich. Die Irak-Krise lieferte ein Beispiel dafür. Auf dieses Problem möchte ich im Folgenden etwas näher eingehen.

Den Krieg im Irak kann man wohl recht unterschiedlich bewerten. Mit Sicherheit begingen die Architekten dieses Krieges im Vorfeld zahlreiche Fehler, die sich heute rächen. Doch die Gesamtbilanz dieses Unternehmens ist immer noch offen. Das Ergebnis der demokratischen Wahlen im Irak, der veränderte Kurs der libyschen Außenpolitik, aber auch die demokratiefreundlichen Aufbrüche in Ägypten und im Libanon offenbaren neue positive Tendenzen im Nahen Osten. Falls sich diese Tendenzen verstetigen sollten, würden Frieden und Stabilität in dieser Region ein erhebliches Stück näher rücken. Doch sogar dann, wenn die Kritiker dieses Krieges im Recht wären, rechtfertigt dies noch lange nicht die Haltung, die so mancher dieser Kritiker gegenüber den USA eingenommen hat. Diese Kritik gefährdete in einigen Fällen nämlich die elementarsten Grundlagen der transatlantischen Solidarität!

Es ist zutiefst unklug, die transatlantische Solidarität in einen künstlichen Gegensatz zur europäischen Solidarität zu stellen. Wer so vorgeht, setzt beide Solidarachsen zugleich gedankenlos aufs Spiel. Die Fortentwicklung der europäischen Identität in Opposition zu den Amerikanern ist gelinde gesagt politischer Leichtsinns. Denn keines der großen Probleme dieser Welt lässt sich ohne die Zusammenarbeit Europas mit den USA lösen: weder die Geißel des Terrorismus, noch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, weder der Nah-Ost-Konflikt, noch andere Regionalkonflikte auf dem Erdenrund. Die Europäische Union sollte dabei sicherlich eine größere Rolle innerhalb des Euroatlantischen Bündnisses spielen und mehr Verantwortung für die Welt übernehmen. Dazu gehört auch die globale Sicherheit. Man darf sich jedoch keinen Illusionen hingeben: Diese erhöhte Verantwortung hat ihren Preis! Die EU-Mitglieder können dann eben nicht einerseits ihre Militärausgaben drastisch kürzen und zugleich lautstark eine selbständigere Rolle der EU in der Weltpolitik einfordern. Auch hier hängt letztlich alles von der innenpolitischen Lage der EU-Staaten ab. Ohne tief greifende innere Reformen wird sowohl die Lissabonner Strategie als auch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ein reiner Papiertiger bleiben!

Ich sage dies alles nicht, weil ich mich nach der alten Harmonie der westlichen Welt zu Zeiten des Kalten Krieges zurücksehne. Die westliche Welt, zu der Polen schon immer gehört hat, ist nach der Wende von 1989/90 weitaus vielschichtiger und schwieriger geworden. Doch die Rolle Polens im Westen kann nicht darin liegen, diese Unterschiede weiter zu vertiefen. Dabei werden wir uns keinerlei Versuchen anschließen, eine wie auch immer geartete, unkluge Teilungslinie durch den Atlantischen Ozean zu ziehen. Denn der Atlantik liegt

für uns genau in der Mitte der westlichen Staatengemeinschaft. Möge niemand von uns ein solches Vorgehen erwarten! Die Institutionen der westlichen Welt wurden in der Vergangenheit zwar schon mehrmals reformiert. Dennoch sind sicherlich noch weitere strukturelle Veränderungen erforderlich. Aber diese Veränderungen müssen die westliche Staatengemeinschaft insgesamt stärken und dürfen sie nicht schwächen! Denn nur dann werden NATO und EU ihre globale Rolle richtig wahrnehmen können, die ihnen heute zukommt.

Natürlich entspringt diese Auffassung nicht nur der Einschätzung der internationalen Lage, sondern auch der polnischen Staatsräson. Unsere nationalen Interessen ergeben sich wie bei jedem anderen Staat durch unsere spezifischen historischen Erfahrungen und die unwandelbare geopolitische Lage. Die historischen Erfahrungen bilden keine expliziten Leitlinien der polnischen Politik. Nichtsdestotrotz üben sie – wie könnte es auch anders sein – einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Denkweise der Polen aus. Wie aus einschlägigen Meinungsumfragen hervorgeht, möchten die Polen ein starkes, d.h. ein vereintes Europa. Denn nur dieses Europa wird als Hort der militärischen Sicherheit und politischen Stabilität angesehen. Aber die Polen plädieren auch für eine starke amerikanische Präsenz in Europa, weil sie Vertrauen zu den Führungsqualitäten der USA in Krisensituationen haben. Die Polen fühlen sich heute zu Recht sicher in Europa. Sie haben aber verständlicherweise zugleich ein besonders wachsames Sicherheitsbedürfnis. Doch auch wenn sie dieses nicht hätten, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben von Regierungschefs und Staatslenkern, nicht nur an bereits unübersehbare Bedrohungen zu denken, sondern auch jene Gefahren einzukalkulieren, die erst in absehbarer Zeit auftauchen können. Dieses vorausschauende Denken ist die beste Art der Prävention.

Abgesehen von der Geschichte ist natürlich auch die Geographie ein grundlegender Bestimmungsfaktor für die äußere Sicherheit Polens. Deutschland liegt wie die meisten anderen alteingesessenen EU-Mitglieder inmitten der EU. Dagegen ist Polen östliches Grenzland. Dieser Unterschied darf nicht unterschätzt werden. Wie bereits erwähnt, besteht das Ziel der polnischen Außenpolitik darin, sich ein freundschaftliches geopolitisches Umfeld zu schaffen. Dieses Ziel wurde durch den Beitritt zu NATO und EU bereits in hohem Maße, aber noch nicht ganz erreicht.

Denn zum jetzigen Zeitpunkt wäre es verfrüht, von einer völlig wohlwollend gesinnten geopolitischen Umgebung Polens im östlichen Europa zu

sprechen. Gleichwohl sind wir durch die demokratischen Veränderungen in der Ukraine diesem Ziel ein gutes Stück näher gerückt. Heute herrscht in Kiew eine Regierung, die Polen gegenüber freundschaftlich eingestellt ist, wobei die ukrainische Gesellschaft unserem Volk heute gewisse Sympathien entgegenbringt. Dies ist schon sehr viel, wenn man bedenkt, wie die polnisch-ukrainischen Beziehungen in der Vergangenheit ausgesehen haben. Doch erst wenn die Ukraine in absehbarer Zukunft auch Mitglied der NATO und EU wird, kommt es aus polnischer Sicht zu einem wirklich dauerhaften Paradigmenwandel der Gemeinsamen Europäischen Außenpolitik. Eben darum unterstützt Polen die ukrainischen Bemühungen um einen Beitritt zur EU und erinnert die Ukrainer zugleich immer wieder daran, welche schwere Arbeit sie auf diesem Weg noch verrichten müssen. Die Aufnahme der Ukraine zur Europäischen Union würde gleichsam den krönenden Abschluss der tief greifenden Umgestaltung der europäischen Geopolitik nach Ende des Kalten Krieges bilden. Eine ähnliche Perspektive käme möglicherweise auch für Weißrussland in Frage. Doch dazu müsste man sich ein anderes Weißrussland vorstellen können, als das Land, das derzeit an unserer Ostgrenze existiert. Wird es dort zu derartigen Veränderungen kommen? Die jüngsten Ereignisse in diesem Staat und insbesondere der aggressive außenpolitische Kurs des Lukaschenko-Regimes gegenüber Polen stimmen eher pessimistisch. Diese Politik zwingt aber auch ganz Europa zum Nachdenken darüber, wie man am besten auf die Provokationen des weißrussischen Diktators reagieren sollte.

Das Verhältnis zu Russland stellt immer noch die größte und schwierigste Herausforderung für die polnische Außenpolitik nach 1989 dar. Unter den Präsidenten Lech Wałęsa und Boris Jelzin wurden Anfang der 1990er Jahre erhebliche Anstrengungen unternommen, um das verschüttete gegenseitige Vertrauen von Polen und Russen neu zu bilden. Die folgenreichen Veränderungen in der russischen Politik haben diesen Prozess zuletzt leider stark abgebremst. Nicht nur für Polen, sondern auch für ganz Europa und Russland stellt sich heute die Schlüsselfrage, welche konkrete politische Gestalt die riesige geopolitische Landmasse westlich von Russland und östlich der EU haben sollte, die Moldawien, Weißrussland und die Ukraine umfasst. Dabei würden wir uns an unserer Ostgrenze „westlich“ geprägte Nachbarn wünschen, was die politischen und wirtschaftlichen Standards angeht. Wir gehen davon aus, dass dies auch in deren ureigenem Interesse liegt. Bekanntermaßen zwingt die Europäische Union niemanden dazu, sich ihrem Mitgliederkreis anzuschließen. Es verhält sich wohl eher umgekehrt: Oftmals ist die EU bemüht, potentielle Beitrittskandidaten – vor allem ärmere – erfolgreich zu

zermürben. Die EU hegt jedenfalls keinerlei „imperiale“ Interessen und ist nicht an der Bildung expansiver Einflussphären in der Welt interessiert. Genau darin liegt ihre Attraktivität. Daher meinen wir, dass die Tür zur EU auch unseren östlichen Nachbarn weit offen stehen sollte, wenn sie den Beitritt wirklich möchten und die entsprechenden Aufnahmekriterien erfüllen. Ich sehe keinen Grund, warum Russland dadurch irgendwelche wirtschaftlichen oder politischen Einbußen zu befürchten hätte. Unser Ziel besteht nicht darin, eine hermetisch abgeriegelte Festung am Bug oder an der Westgrenze Russlands zu errichten.

Natürlich wollen auch wir, dass Russland ein zutiefst demokratischer Staat und ein völlig transparentes Gemeinwesen ist. Doch darauf haben wir nur sehr geringen Einfluss. Müssen wir daher aber stillschweigend oder gar lautstark mit allem einverstanden sein, was Russland unternimmt? Bei gleichzeitiger Respektierung der souveränen Entscheidungen der russischen Außenpolitik müssen wir deutlich unsere Auffassung artikulieren, wie sich diese Entscheidungen auf die Beziehungen Russlands zum euroatlantischen Bündnis auswirken. Doch unsere Stimme wird nur dann gehört und geachtet werden, wenn sie gemeinschaftlich mitgetragen wird. Russland darf nicht das Land sein, um dessen Gunst die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU buhlen. Man darf sich keinesfalls damit abfinden, dass Russland bzw. die Beziehung eines einzelnen EU-Landes gegenüber Russland die gesamte Europäische Union innerlich spaltet. Diejenigen Mitgliedsstaaten der EU, die aus historischen bzw. geographischen Gründen einer feindseligen Behandlung durch den großen Nachbarn im Osten ausgesetzt sind, dürfen zu Recht die solidarische Unterstützung der übrigen EU-Länder erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist der geplante Bau einer Erdgasleitung von Russland nach Deutschland auf dem Meeresboden der Ostsee unter Übergehung Polens und der baltischen Länder eine besonders fatale Idee. Vor allem dann, wenn man an das diesbezüglich geschlossene Abkommen der Präsidenten Polens und Russlands denkt, weitaus billigere Erdgaslieferungen von Russland (über Polen) nach Deutschland sicherzustellen. An dieses Abkommen hält sich die russische Seite nicht, wenn sie parallel dazu bilaterale Vertragsverhandlungen mit Deutschland führt. Das deutsch-russische Memorandum, das jüngst auf der Hannover-Messe unterzeichnet wurde, bildet geradezu ein Musterbeispiel für die Verletzung guter europäischer Sitten durch ein einziges EU-Land. Es zeigt darüber hinaus ganz offen, dass die deutsche Bundesregierung die gemeinschaftliche Sorge der EU um langfristige Sicherheit im Energiesektor

missachtet. Um es unverblümt auf den Punkt zu bringen: Diese Politik schadet der gesamten EU im Bereich der Energiesicherheit.

Ich befürworte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Aber aus polnischer Sicht wird diese Politik nur dann Sinn haben, wenn sie auch eine einheitliche Ostpolitik beinhaltet. Denn wenn wir in Nordafrika oder Lateinamerika als EU gemeinsam auftreten, aber gegenüber Russland, der Ukraine oder Weißrussland stets geteilter Meinung sind, wird dies für Polen keine attraktive Ostpolitik sein, die es zu realisieren gilt. Eine solche Politik hätte das Attribut der Gemeinsamkeit gar nicht verdient. Ich möchte es ganz offen aussprechen: Die nachbarschaftlichen Beziehungen der EU zu ihren Anrainerstaaten im Osten sind ein maßgeblicher Prüfstein dafür, ob die Europäer wirklich zu politischer Solidarität fähig sind und mit einer Stimme sprechen können. Wenn wir diese Prüfung nicht bestehen, wird die gesamte politische Glaubwürdigkeit des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft in Frage gestellt. Polen möchte bei der Formulierung der EU-Ostpolitik selbstverständlich mitwirken. Anders kann ich mir dies gar nicht vorstellen. Genauso wie ich mir keine gemeinsame Politik für den Mittelmeerraum ohne Spanien, Frankreich oder Italien vorstellen kann. Wir sind zwar der Ansicht, dass wir für die politische Gestaltung des Verhältnisses zur Ukraine, zu Weißrussland und Moldawien im Vergleich zu den alteingesessenen EU-Staaten besondere Erfahrungskompetenz besitzen. Dies heißt aber nicht, dass die Polen keinen Einfluss auf die EU-Ostpolitik gegenüber Russland haben möchten. In diesen Fragen ist vielmehr eine gewisse Aufgaben- und Lastenverteilung erforderlich und möglich. Um in der Terminologie der Börsianer zu sprechen: Vielleicht kaufen die Polen mehr ukrainische Aktien, während die Deutschen mehr russische Aktien erwerben. Aber dabei müssen wir die Sicherheit haben, dass beide Aktienpakete letztlich dem gemeinsamen europäischen Investitionsfonds zugute kommen!

Die derzeit wohl vordringlichste Aufgabe scheint darin zu bestehen, die volle Transparenz der Absichten und Pläne einer gemeinsamen EU-Ostpolitik sicherzustellen. Denn falls es an dieser Transparenz mangeln sollte, wird es nur zu gegenseitigen Verdächtigungen und steigendem Misstrauen innerhalb der EU kommen. Russland, die Ukraine, Moldawien und Weißrussland bilden abgesehen vom Nahen Osten eine Großregion, mit der sowohl die EU als auch die USA zusammenarbeiten können und sollten. Dies würde die Effektivität der gesamten EU-Außenpolitik enorm erhöhen. Zugleich würde diese Kooperation dem vom Irak-Streit arg geschwächten euroatlantischen Bündnis neue Integrationsimpulse verleihen.

Die Bundesrepublik Deutschland war stets ein Land, das seine europäische und transatlantische Orientierung in der Außenpolitik erfolgreich miteinander vereinbaren konnte. Die französische Politik war indessen viel einseitiger. Nicht zuletzt aufgrund ihrer unterschiedlichen Politikziele haben diese beiden Staaten bislang mit umso größerem Nutzen für das gesamteuropäische Wohl gewirkt. Heute werden aufgrund der engen politischen Kooperation von Berlin und Paris nicht nur in Polen zahlreiche kritische Einwände laut. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine etwas polemische Bemerkung: Aus der Addition von zwei nationalen Sünden ergibt sich noch lange keine europäische Tugend. Um die Polemik noch ein bisschen fortzusetzen: Während Deutschland in diesem Tandem bisher die Rolle eines Korrektivs bzw. Moderators gespielt hat, ist heute davon nichts mehr zu sehen! Und zu allem Unglück steckt auch die französische Europapolitik in einer tiefen Krise. Von daher erklärt sich auch die große Nervosität vor dem Verfassungsreferendum. Ein positives Ergebnis würde es Paris erlauben, diese Krise zu verbergen oder zumindest herunterzuspielen. Die Regierenden im Elysee-Palast würden dann nämlich den Eindruck erwecken können, dass alles seinen normalen Gang geht – business as usual! Eine Annahme des Verfassungstraktats durch die französische Bevölkerung würde es den Mächtigen in Paris ermöglichen, die realen Probleme Europas zumindest für einige Wochen „unter den Teppich zu kehren“.

Nach der Osterweiterung muss die Europäische Union nun ein neues inneres Gleichgewicht finden. Die Europäische Gemeinschaft, deren Grundlagen von Konrad Adenauer mitgeschaffen wurden, bildete lange Zeit eine politisch-wirtschaftliche Organisation, deren Größe nicht zuletzt darauf beruhte, wie sie mit kleinen und mittelgroßen Staaten umging. Deutschland ist heute das größte Land in der EU. Polen gehört hingegen zu den mittelgroßen Staaten. Wenn unsere beiden Länder zu echten partnerschaftlichen Beziehungen finden würden, die ihren jeweiligen Möglichkeiten und Ambitionen, aber auch ihrer jeweiligen Verantwortung für Europa entsprächen, wäre dies nicht nur für Polen, sondern auch für ganz Europa von enormem Nutzen. Vielleicht haben wir bisher die Schwierigkeiten dieser hehren Aufgabe zu sehr unterschätzt. Heute sind wir jedenfalls realistischer. Die polnisch-deutsche Politik scheint langsam erwachsen zu werden. Aber vielleicht haben wir ja gerade deshalb eine Chance, dieses gemeinsame Ziel zu erreichen!

Vortrag des Vorsitzenden des Parlamentarischen Klubs der polnischen Bürgerplattform (PO) in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 24. Mai 2005.

Übersetzung: Jan Obermeier